Abg. Köhler wies darauf hin, dass ca. 80 – 95% der Bürger wissen wollten, ob in ihrer Nahrung gentechnisch veränderte Organismen Verwendung gefunden hätten. Zudem würden die Bauernverbände ihren Mitgliedern vom Anbau gentechnisch veränderter Organismen abraten.

Künftig würde aufgrund der europäischen und deutschen Gesetzeslage der großflächige und kommerzielle Anbau gentechnisch veränderte Produkte möglich sein. Dies sei für viele Verbraucher, Erzeuger und Verarbeiter von Produkten aus der Landwirtschaft Grund zur Sorge. Hierzu verwies er auf den im Antrag beigefügten Zeitungsartikel über das Bäckerhandwerk. Auch der Berufsimkerverband hätte sich entsprechend geäußert, dass Pollen gentechnisch veränderter Pflanzen sich über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabstände verteilt hätten. Diese würden von Bienen in den Honig eingearbeitet, sodass kein naturbelassener Honig entstehen würde. Die dadurch möglichen wirtschaftlichen Nachteile könnten zum Verlust des Imkerhandwerkes führen, was wiederum zur Folge haben könnte, dass es in vielen Bereichen keine Erträge mehr geben würde.

Um die Wichtigkeit der Imkerei zu unterstreichen verwies Herr Köhler auf Nachbarländer, in den von Bauer an Imker Geld gezahlt würde, wenn diese ihre Bienenstöcke auf Feldern und Obstwiesen zur Bestäubung bereitstellten.

Weiterhin warnte er vor der Gefahr des Überspringens der Artengrenzen. Es sei nicht abschätzbar, ob und wie gentechnisch veränderte Organismen mit Wildpflanzen und Bodenorganismen reagieren würden. In Bezug auf Arbeitsplätze sei festzustellen, dass im Bereich der Gentechnik große Konzerne global tätig seien, die nur der Profit und nicht Arbeitsplätze interessieren würden.

Er wies zudem darauf hin, dass es in der Vergangenheit eine Rückrufaktion von illegal importiertem Reis, der gentechnisch verändertes Material enthielt, gab, der allein für Deutschland Kosten in Höhe von 10 Mio EUR verursacht hat.

Daher ziele der Antrag auf vorbeugende Maßnahmen im Rahmen der Möglichkeiten des Rhein-Sieg-Kreises.

Abg. Smielick hielt fest, dass, obwohl ständig von Gefährdungen gesprochen würde, bisher kein Mensch durch gentechnisch veränderte Lebensmittel geschädigt worden sei. Zudem wies er darauf hin, dass bei der Veröffentlichung von Flächen mit gentechnisch veränderten Organismen diese durch Gruppierungen zerstört worden wären. Auch hätte die einseitige Darstellung dieser Thematik den Verlust zahlreicher Wissenschaftler zur Folge.

Skb. Wagner bat um Information zu dem Punkt 1 des Antrages

KVD Zimmermann teilte hierzu mit, dass dieses Thema bereits Ende vergangenen Jahres Gegenstand der Beratungen im Umweltausschuss gewesen sei. Damals wurde dargelegt, wie es dazu kam, dass in der Nähe von Rheinbach eine gentechnisch veränderte Maisart ausgebracht wurde. Zum damaligen Zeitpunkt handelte es sich um eine zugelassene Art und es bestand keine Pflicht zur Veröffentlichung der Flächen. Erst seit der Novellierung 2005 seien diese Flächen auszuweisen und nun im Internet einsehbar.

Abg. Schäfer-Hendricks bezeichnete es als Verharmlosung zu sagen, dass nur weil bisher keine gravierenden menschlichen Beeinträchtigungen stattgefunden hätten, es sei ungefährlich. Dieses Thema sei anders zu sehen als molekulare Veränderungen durch Züchtung. Eine Überschreitung der Artengrenze sei nicht auszuschließen und eine „Rückkreuzung“ nicht durchführbar. Eine hierbei entstehende Eigendynamik könne sich auch erst wesentlich später zeigen und dann würde es keine Umkehrmöglichkeit mehr geben.

Zum anderen fehle es dem Verbraucher am Vertrauen in die Organismen und Produkte.

Abg. Smielick plädierte nochmals für eine, von Ängsten und Unwahrheiten freie und ausgewogene Information. Da es sich hier konkret um Mais handele erläuterte er das Problem in Mecklenburg-Vorpommern. Hier gebe es als Alternative den Einsatz von Pestiziden, hier Insektiziden. Auch hierüber sollte der Bürger informiert werden. Würde gentechnisch veränderter Mais nicht von den Schädlingen befallen, sollte auch dies so dargestellt werden. Dies hätte eventuell ein geändertes Meinungsbild in der Bevölkerung zur Folge.

Abg. Kusserow stimmte Herrn Smielick in Bezug auf die bestehenden Ängste in der Bevölkerung zu. Seiner Ansicht nach kämen diese jedoch daher, dass den Verbrauchern das Vertrauen in die großen Lebensmittelhersteller, z.B. aufgrund des Fleischskandals, fehle. Dadurch würde die Sorge aufkommen,

dass es auch mit dieser Technologie Probleme geben könne.

Weiterhin stelle er fest, dass es bei den Verbrauchern für diese Produkte keinen Markt gebe. Als Beleg sehe hierfür er die Sorge der Bäcker vor entsprechendem Weizen, da er Brot mit gentechnisch veränderten Produkten, bei bekannt werden, nicht verkauft bekomme. Daher befürworte er auch den Antrag.

Abg. Leitterstorf bezeichnete den Freilandversuch in Rheinbach als positiv, da ausschließlich der bekämpfte Schädling vernichtet wurde während die sonstige Käfer/Insektenpopulation erhalten blieb. Ihr sei daher eine gentechnische Veränderung lieber als Pestizide. Aufgrund der Verwaltungsvorlage sei zudem erkennbar, wie viele Stellen beteiligt seien, bevor ein Produkt ausgebracht werde. Hier solle doch ein gewisses Vertrauen bestehen. Ein bewusstes Fehlverhalten der Landwirtschaftskammer sei für sie nicht erkennbar.

Abg. Köhler betonte, dass der Einsatz von Pestiziden jederzeit unterbrochen werden könne. Hingegen könne eine gentechnische Veränderung nicht umgekehrt werden. Daher habe der Einsatz von Pestiziden von zwei unerwünschten Vorgängen die geringere Negativkomponente.

Er bezweifelte weiterhin, dass der Verbraucher den Markt entsprechend steuern könne. Hierzu zitierte er die Firma Monsanto als führende Hersteller gentechnisch veränderten Saatgutes, die 1999 sagte, dass in 15 – 20 Jahren weltweit das Saatgut gentechnisch verändert sein soll. Das Saatgut der Firma Monsanto sei zudem steril, also nur zum Verbrauch geeignet, und könne nicht mehr zur Nachzucht eingesetzt werden.

Aus den USA sei zudem bekannt, dass die Maissorte „Starling“ bei Menschen nachweislich zu erheblichen Allergien geführt habe und bisher nicht „aus dem Verkehr gezogen werden konnte“.

SkB Fürbass wies darauf hin, dass die Landwirtschaftskammer keine gesetzliche Grundlage habe, hierüber zu informieren. Insoweit sei ihr kein Vorwurf zu machen, dass sie nicht tätig geworden sei. Hierzu verwies er auf den Fall Birkle. Daher sei der Punkt 1 abzulehnen. Er regte zudem an, nun zur Abstimmung zu kommen.